

PROTOKOLL

über die 4. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Straßen und Tiefbau am
Donnerstag, den 05.10.2017,
Sitzungssaal des Stadthauses, Schürenkamp 16, 49324 Melle

Sitzungsnummer: UKSuT/005/2017
Öffentliche Sitzung: 19:00 Uhr bis 21:07 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

George Trenkler

Mitglied CDU-Fraktion

Werner Altemöller
Karl-Heinz Gerling
Günter Oberschmidt
Michael Weißler

Mitglied SPD-Fraktion

Horst Ballmeyer
Karin Kattner-Tschorn
Bernhard Schürmann

Mitglied B90/DIE GRÜNEN-Fraktion

Silke Meier

Mitglied UWG-Fraktion

Peter Mittelberg

Mitglied FDP-Fraktion

Heinrich Thöle

Hinzugewählte

Fritz Mithöfer

von der Verwaltung

Stadtbaurat Holger Clodius
Dipl.-Ing. Thomas Große-Johannböcke
Auszubildende Theresa Osterfeld

Zuhörer

Zuhörer keine

ProtokollführerIn

Verw.-Fachangestellte Astrid Kuhn

Abwesend:

Hinzugewählte

Volker Tiemeyer

Tagesordnung:

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Einwohnerfragestunde
- TOP 3 Feststellung der Tagesordnung
- TOP 4 Genehmigung des Protokolls vom 24.08.2017
- TOP 5 Bericht der Verwaltung
- TOP 6 Standortbestimmung der Kläranlagen der Stadt Melle
Vorlage: 2017/0238
- TOP 7 Straßenzustandsbericht 2017
Vorlage: 2017/0241
- TOP 8 Finanzcontrollingbericht Tiefbauamt zum Stichtag 30.06.2017
Vorlage: 2017/0242
- TOP 9 Wünsche und Anregungen

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Vorsitzender eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Anschließend stellt er die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2 Einwohnerfragestunde

Keine Wortmeldungen.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Vorsitzender stellt die Tagesordnung ohne Änderungen fest.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls vom 24.08.2017

TOP 5 des Protokolls vom 24.08.2017 wird auf Antrag von Frau Meier hinsichtlich des Wortlautes ihrer Wortmeldung „Für die beiden Linden, die im Herbst gefällt werden sollen, käme jedoch auch aus ihrer Sicht jede Hilfe zu spät“ geändert in die Formulierung „Linden seien eigentlich sehr widerstandsfähig, vielleicht sei durch Rückschnitt die Fällung zu vermeiden“.

Anschließend wird das Protokoll einstimmig ohne weitere Änderungen genehmigt.

TOP 5 Bericht der Verwaltung

Herr Clodius erläutert den Stand des Ausgleichs der Kompensationsflächen ergänzend zu der Ausschusssitzung vom 24.08.2017. Es bestehe die Möglichkeit der Schaffung eines Niederwaldes in Melle-Bakum mit 38.000 Werteinheiten. Damit sei weitestgehend die Deckung des Kompensationsbedarfes für den Gewerbepark Buer, mit 40.000 Werteinheiten, erreicht.

Herr Große-Johannböcke führt den Bericht der Verwaltung mit einer PowerPoint-Präsentation fort.

Erster Punkt ist die abgeschlossene Umrüstung der Lampenköpfe mit LED-Technik.

Herr Gerling hat den Eindruck, in Neuenkirchen sei die Lichtausbeute durch die Auswechslung geringer geworden.

Herr Große-Johannböcke erklärt, dass Licht sehr subjektiv wahrgenommen werde.

Tatsächlich sei die Lichtausbeute unverändert. Er führt die Präsentation zum Thema Flurbereinigung fort.

Vorsitzender merkt an, dass durch den erforderlichen Landtausch die Flurbereinigung ein sehr langwieriger Prozess sei.

Herr Große-Johannböcke kommt zum nächsten Thema der Präsentation – der Haltestelle „Post“ in Riemsloh. In zwei Pressemitteilungen würde die späte Errichtung des Haltestellen-Wartehäuschens kritisiert. Da die Beauftragung jedoch schon im März an die Firma erfolgt sei, hätte man derartigen Lieferverzögerungen nicht ausgehen können. Seit Mittwoch, dem 04.10.2017 stehe das Häuschen nun. Allerdings sei die Installation der Beleuchtung durch die Lieferfirma noch nicht ausgeführt.

Vorsitzender erkundigt sich, ob Nachfragen zu den Themen bestehen.

Frau Meier möchte wissen, ob das Betretungsverbot der Waldfläche am Waldorfkindergarten (Lange-Marsch Erweiterung, Zur Waldkirche) noch in Kraft sei.

Herr Clodius erwidert, dass dieses momentan noch der Fall sei, jedoch in Kürze aufgehoben werden solle.

Herr Weßler erfragt die Möglichkeit der Farbauffrischung der roten Flächen an den Bushaltestellen.

Herr Große-Johannböcke informiert, dass eine Farbauffrischung durch Aufrauung der Oberfläche und nachfolgendem Anstrich möglich ist und in der Vergangenheit auch schon erfolgt sei.

Herr Middelberg erkundigt sich nach einer offenen Straßengrube, die nach Arbeiten eines Versorgungsunternehmens noch nicht wieder verfüllt sei.

Herr Große-Johannböcke versichert, dass er sich die Angelegenheit notiert habe und dann Thema „Arbeiten von Versorgungsunternehmen im öffentlichen Straßenraum“ Teil des Straßenzustandsberichtes sei.

TOP 6 Standortbestimmung der Kläranlagen der Stadt Melle Vorlage: 2017/0238

Vorsitzender erläutert die Informationsvorlage.

PP-Präsentation durch Herrn Große-Johannböcke – Darstellung des gesunkenen Energieverbrauches der Kläranlagen durch Verbesserung der Belüftungstechnik und Erläuterung der Vorteile der Schlammmentwässerung auf die Kostenentwicklung. Herr Große-Johannböcke leitet auf die zukunftsorientierte Ausrichtung der Kläranlagen, insbesondere auf die Problematik der Standorte Buer und Bruchmühlen über und bittet Herrn Dr. Ing. Reiner Boll die Untersuchungsergebnisse der PFI Hannover darzulegen.

Herr Boll stellt sich kurz als beauftragter Ingenieur der PFI vor und beginnt mit der Präsentation der Untersuchungsergebnisse.

Vorsitzender bedankt sich beim Vortragenden und erkundigt sich, ob Nachfragen bestehen.

Herr Weßler stimmt Herrn Boll hinsichtlich des Sanierungsbedarfes der Kläranlage Melle-Mitte zu und hinterfragt noch einmal die Möglichkeit einer Erweiterung.

Herr Große-Johannböcke erklärt, dass der Eigentümer des angrenzenden Grundstücks einem Verkauf von Flächen in der Vergangenheit nicht zugestimmt habe und eine Erweiterung des Grundstücks deshalb nicht möglich war. Allerdings bestünde die Möglichkeit, ein nicht mehr genutztes Rechteckbecken abzureißen und an dieser Stelle ein Nachklärungsbecken einzubauen.

Herr Weßler möchte wissen, ob der Hauptstandort Melle-Mitte im Zuge der Sanierung die Kapazitäten zur Übernahme der Abwässer aus Buer und Bruchmühlen tatsächlich erreichen könne und ob die Maßnahmen schrittweise nacheinander erfolgen würden.

Herr Große-Johannböcke antwortet, dass man sich aufgrund der Nähe der Kläranlage Bruchmühlen zu Rödinghausen in der Vergangenheit um eine Kooperation bemüht habe, jedoch dort kein Interesse bestanden habe. Gegenwärtig sei allerdings auch Rödinghausen ausgelastet.

Die Umbau- und Sanierungsmaßnahmen würden schrittweise erfolgen. Zunächst würde Melle-Mitte instand gesetzt und erweitert, danach Buer in eine Pumpstation umgewandelt und anschließend, verteilt auf mehrere Jahre, die anderen Maßnahmen durchgeführt werden.

Herr Schürmann erkundigt sich nach den Kosten, dem Zeitablauf und evtl. Folgekosten.

Herr Große-Johannböcke und Herr Boll erklären, dass unabhängig von der Wahl der Maßnahme, die Kosten für die Sanierung der Kläranlage Melle-Mitte anfallen würden und somit unabhängig von dem weiteren Vorgehen entstehen.

Herr Gerling merkt an, dass die Kläranlage Buer nicht mehr der gesetzlichen Norm entspricht und möchte wissen, ob es zeitliche Auflagen für eine Korrektur gibt.

Herr Boll erwidert, dass es eine Vorsorgepflicht des Betreibers gäbe. Allerdings würde es bei Überprüfungen durch die Behörden ausreichen, wenn Planungen und Konzepte zur Behebung vorlägen, die innerhalb eines Zeitrahmens von z.B. 3 Jahren umgesetzt würden.

Herr Thöle fasst zusammen, dass Variante 3 die einzig umsetzbare Möglichkeit sei und alle Varianten in einer finanziell ähnlichen Größenordnung lägen. Er wirft ein, dass eine Grundstückserweiterung der Kläranlage Melle-Mitte die beste Möglichkeit sei und erfragt Stilllegungskosten für die Kläranlagen Buer und Bruchmühlen.

Herr Boll erwidert, dass es keine gesetzliche Abriss- oder Rückbaupflicht gäbe. Eine Sicherung z.B. durch einen Zaun sei ausreichend.

Herr Oberschmidt hinterfragt, ob es nicht besser sei, eine zentrale neue Kläranlage in Melle-Mitte zu bauen, die die Abwasserreinigung aller Stadtteile übernehme und ausreichend Fläche zur Verfügung habe, um langfristig die Versorgung zu gewährleisten und den steigenden Anforderungen zu genügen.

Herr Große Johannböcke stimmt dem grundsätzlich zu, gibt jedoch die Kosten zu Bedenken.

Herr Gerling möchte wissen, ob nicht schon wegen der beengten Grundstückssituation ein neuer Standort gesucht werden müsse.

Herr Altemöller fügt hinzu, dass bei einer anstehenden zusätzlichen 4. Reinigungsstufe (chemisch/physikalische Reinigung) in der bestehenden Kläranlage nicht genug Fläche zur Verfügung stünde.

Herr Boll erklärt, dass Melle nicht die Einwohnerzahl habe, die derzeit eine 4. Reinigungsstufe erforderlich mache.

Auch Frau Kattner-Tschorn unterstützt den Vorschlag von Herrn Oberschmidt.

Herr Boll schätzt die Kosten für einen Neubau einer Kläranlage auf ca. 12 Mio. Euro. Der Einbau einer Faulungsanlage würde zusätzliche Ausgaben von ca. 3 Mio. Euro, jedoch langfristig Einsparungen bedeuten.

Herr Große-Johannböcke fügt hinzu, dass zusätzlich Kosten in Höhe von mehrere Millionen Euro für Druckrohrleitungen zu erwarten wären.

Herr Clodius gibt zu bedenken, dass ein Standort jedoch aktuell in der Größenordnung erst verfügbar sein müsse. Eine zeitnahe Lösung der Problematik sei erforderlich, der Ausgang einer Suche nach einem passenden Grundstück jedoch ungewiss, zudem müsse mit einem aufwendigerem Planungsverfahren gerechnet werden. Die Variante 3 dagegen sei abbildbar und mit den gegebenen Ressourcen vereinbar.

Herr Altemöller spricht sich dafür aus, langfristig die Schaffung einer zentralen Kläranlage im Auge zu behalten.

Herr Weißler ergänzt, dass es wichtig sei, jetzt Erweiterungspotential zu schaffen und zusätzliches Grundstückseigentum zu erwerben um Handlungsspielraum zu gewinnen und eine Sanierung zu vereinfachen.

Herr Boll merkt an, dass auch auf dem vorhandene Gelände eine Sanierung möglich sei, jedoch wegen der Anforderungen (Arbeiten bei fortlaufendem Betrieb und der geringen Flächenverfügbarkeit) kostenaufwendig.

Herr Clodius fasst zusammen, dass zunächst mit den angrenzenden Grundstückseigentümern verhandelt werden solle, bevor ein Planungsauftrag erteilt würde. Zudem solle die Perspektive eines neuen Standortes im Auge behalten werden.

Vorsitzender bedankt sich und leitet zum nächsten TOP über.

Der Sachverhalt wird von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

TOP 7 Straßenzustandsbericht 2017
Vorlage: 2017/0241

Vorsitzender erläutert die Informationsvorlage.

Herr Große-Johannböcke stellt den Straßenzustandsbericht anhand einer PowerPoint-Präsentation vor. Abschließend weist er auf die zunehmenden Nutzungen der Straßenkörper durch Versorgungsträger hin.

Vorsitzender dankt dem Vortragenden.

Herr Weßler hebt noch einmal den geringen Anteil von schlecht benoteten Straßen hervor und merkt an, dass die Folgen der Verlegung von Leitungen teilweise erschreckend seien. Er hinterfragt, ob Folgeschäden wie Unterspülungen und Fahrbahnabsackungen vom Verursacher getragen würden.

Herr Große-Johannböcke antwortet darauf, dass grundsätzlich der Verursacher Schadensersatz leisten muss, dass es jedoch Beispiele gäbe, wo dieses schwierig sei, weil z.B. eine Firma insolvent gegangen sei. In diesem Fall sei es schwierig, den Auftraggeber zur Verantwortung zu ziehen.

Herr Schürmann hat den Eindruck, dass sich der Straßenzustand insbesondere außerörtl. verbessert habe. Er möchte wissen, ob es im Rahmen einer Qualitätssicherung keine Standards für von den Telekommunikationsfirmen beauftragte Straßenbaubetrieben gibt.

Herr Große-Johannböcke erklärt, dass es diese Standards gäbe, diese jedoch durch neue Gesetze und Verordnungen aufgeweicht würden. Dieses mache es möglich, dass Telekommunikationsfirmen Versorgungsnetze für Energie und Abwasser ebenso wie Infrastrukturen von Straßen mitnutzen und Kabel z.B. innerhalb eines Kanals legen könnten. Die Frage der Haftung bei Beschädigung eines Kabels z.B. im Rahmen von Wartungsarbeiten sei unklar.

Herr Schürmann weist auf die Wichtigkeit der Sicherung der Straßen durch Bankette hin.

Herr Große-Johannböcke teilt mit, dass Bankette erneuert und auch Rasengittersteine eingesetzt würden.

Frau Meier findet, dass es eine aufsteigende Tendenz für den Zustand der Meller Straßen gäbe und die finanziellen Ressourcen dafür angemessen seien.

Herr Große-Johannböcke bestätigt diese Aussage und erwartet, dass bei Anpassung des Budgets an den Preisindex auch der gute Zustand der Straßen erhalten werden könne.

Herr Gerling merkt an, dass an der Rahdenstr. Rasengittersteine angebracht seien, die jedoch zu wenig gestützt wurden. Insgesamt findet er, dass die Landesstraßen, insbesondere innerörtlich, nicht ausreichend durch das Land unterhalten würden.

Herr Große-Johannböcke erwidert, dass man im Kontakt mit dem Land stehe. Allerdings ständen diesem momentan wenig Finanzmittel zur Verfügung.

Herr Altemöller lobt den allgemein guten Zustand der Straßen, weist aber auf die oft lange Bearbeitungszeit bei Schäden und den daraus resultierenden Folgekosten z.B. bei Frost hin. Er will wissen, in wie weit die Gemeindearbeiter Straßenschäden bearbeiten könnten.

Herr Große Johannböcke antwortet, dass die Gemeindearbeiter durchaus kleinere Reparaturarbeiten durchführen könnten. Dieses könne stadtteilbezogen jedoch aufgrund von Auslastungen unterschiedlich erfolgen.

Herr Mittelberg erkundigt sich nach einer Baustelle, an der der Straßenkörper übermäßig beschädigt worden sei. Als Anwohner sei er selbst betroffen und fordert eine zeitnahe Überprüfung des Zustandes noch während der Bauphase.

Herr Große-Johannböcke erwidert, dass diese Baustelle im Focus sei. Momentan sei man auf Geschäftsführerebene im Gespräch, ein Besichtigungstermin sei ausgemacht um vor Ort die Situation zu besprechen.

Herr Altemöller will wissen, ob es finanzielle Förderungen zur Erneuerung von Straßen gäbe.

Herr Große-Johannböcke antwortet darauf, dass es zwar Fördermittel gäbe, diese jedoch sehr gering seien. Zum Stichtag 15.02.2017 habe die Stadt Melle je Stadtteil eine Straße

gemeldet. Leider wurden alle für eine Förderung abgelehnt. Dies führe dazu, dass die Stadt Melle nur kleinere Abschnitte sanieren könne und so „Patchwork-Straßen“ entstehen.

Der Ausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

**TOP 8 Finanzcontrollingbericht Tiefbauamt zum Stichtag
30.06.2017
Vorlage: 2017/0242**

Vorsitzender erläutert die Informationsvorlage.

Herr Große-Johannböcke stellt den Finanzcontrollingbericht des Tiefbauamtes zum 30.06.2017 vor.

Herr Oberschmidt möchte wissen, warum am Windmühlenweg die Planung noch nicht erfolgt ist.

Herr Große-Johannböcke antwortet, dass nach Anliegerversammlung und TV-Befahrung der Kanäle noch Unsicherheiten aufgetreten seien. Die Planung sei deshalb zurückgestellt worden.

Herr Oberschmidt fragt nach, ob die dafür vorgesehenen Mittel dann aus dem Haushaltsplan herausgenommen würden.

Herr Große-Johannböcke teilt mit, dass diese Mittel dann als Haushaltsrest in den nächsten Haushalt übernommen würden.

Herr Schürmann will wissen, ob auch die noch nicht benötigten Mittel für den Hochwasserschutz aus dem Haushalt genommen würden und neu angemeldet werden müssten.

Herr Große-Johannböcke gibt zur Antwort, dass es zurzeit keine ausreichende Flächenverfügbarkeit gäbe. Es fänden Gespräche mit Eigentümern unter Einbeziehung des Ortsrates statt. Für den 25.10.2017 sei eine Sitzung mit Ortsrat und Ausschuss bezüglich des Laerbaches geplant.

Herr Weißler fügt hinzu, dass die Umsetzung langwierig sei und Mittel neu angemeldet werden müssten, damit sie nicht verfallen.

Herr Große-Johannböcke ergänzt, dass die Mittel aus dem Haushalt herausgenommen würden, wenn absehbar sei, dass sie auch im kommenden Jahr nicht benötigt würden und hinterfragt daher aber die Signalwirkung dieser Maßnahme.

Herr Thöle entgegnet, dass es Haushaltsreste in zweistelliger Millionenhöhe gäbe. Es sei schwer abzuschätzen, ob und wann eine Maßnahme umgesetzt werden könne. Durch das Controlling würde ein gewisser Druck erzeugt, der die Freigabe von nicht benötigten Haushaltsmitteln erfordere, auch wenn dies evtl. keine gute Signalwirkung habe.

Frau Meier hält das Finanzcontrolling grundsätzlich für sinnvoll. Überschüsse seien nicht schädlich, würden sich aber summieren. Allerdings müssten die Mittel erhalten bleiben.

Frau Kattner-Tschorn unterstützt die Aussage dahingehend, dass Mittel, die aus nachvollziehbaren Gründen noch nicht verwendet wurden, nicht gestrichen werden dürften.

Herr Weißler weist darauf hin, dass diese Mittel neu angemeldet werden könnten. Er befürwortet, ein gewisses Volumen beizubehalten, um wenigstens die Planungsleistungen umsetzen zu können. Er hebt die Bedeutung des Hochwasserschutzes hervor und hält die Streichung der Mittel für ein falsches Signal.

Herr Thöle erwidert, dass es sich um finanztechnische Planungen handeln würde. Trotzdem sei die Umsetzung der Maßnahmen möglich.

Herr Große-Johannböcke wirft ein, dass die Maßnahme am Suttbach, kostengünstiger als Veranschlagt, bereits umgesetzt sei.

Frau Meier möchte wissen, ob das ersparte Geld wieder zurück in den allgemeinen Haushalt fließt oder ob es für die Deckung anderer Tiefbaumaßnahmen verwendet werden könnte.

Herr Große-Johannböcke antwortet, dass die Mittel zur Deckung innerhalb eines Produktes untereinander verwendet werden könnten, jedoch nicht erhalten blieben, wenn am Ende eines Haushaltsjahres keine Verwendung dafür gegeben sei.

Herr Mittelberg findet den Finanzcontrollingbericht sehr gelungen. Auch ihm als Laien sei es sehr gut möglich gewesen, sich in die Materie einzulesen und wichtige Informationen anzueignen.

Herr Clodius nimmt das Lob gerne zur Kenntnis und beantwortet in Abwesenheit von Herrn Tiemeyer dessen schriftlich eingereichte Fragen. (s. Anlage zum Protokoll)

Der Ausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

TOP 9 Wünsche und Anregungen

Keine

gez. 01.11.2017

George Trenkler

Vorsitzende/r

(Datum, Unterschrift)

gez. 01.11.2017

Holger Clodius

Verw. Vorstand

(Datum, Unterschrift)

gez. 01.11.2017

Astrid Kuhn

Protokollführer/in

(Datum, Unterschrift)